



Kern: Der Haupt-/Werkrealschule eine echte Zukunftsperspektive geben

In einer Landtagsdebatte über die Zukunft der Haupt-/Werkrealschule und ihrer Lehrerinnen und Lehrer kritisierte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, dass die Landesregierung das gesamte baden-württembergische Bildungssystem umstürze, ohne den von der Schließung ihrer Schule betroffenen Lehrkräften Perspektiven für den weiteren Einsatz zu eröffnen. Kern wörtlich: „Der Landesregierung dürfte es nicht unrecht sein, dass den Lehrkräften an den von Schließung bedrohten Haupt-/ Werkrealschulen als weitere Perspektive nur die Tätigkeit an einer Gemeinschaftsschule zu bleiben scheint. Dort werden von fünf Unterrichtsstunden im Durchschnitt vier von ausgebildeten Grund- und Hauptschullehrern erteilt, genauer gesagt 83,79 Prozent. Von diesem Vorgehen erhofft sich Grün-Rot vielleicht, auch die skeptischen Lehrerinnen und Lehrer zu einer Gemeinschaftsschul-Befürwortung überreden zu können. Überzeugen wird die Regierung von ihrem Lieblingsprojekt so aber niemanden, im Gegenteil.“

Dass die Landesregierung die Auskunft verweigert, wie viele Haupt-/Werkrealschulen in den vergangenen Jahren geschlossen wurden, bezeichnete Kern als „schweres Foul im Umgang der Regierung mit dem Parlament“, aber vor allem als „Schlag ins Gesicht der Betroffenen“. Eltern, Schüler, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger seien schließlich auf ehrliche Auskünfte angewiesen, um planen zu können.

Kern warf der Landesregierung vor, mit ihrem „Realschul-Weiterentwicklungskonzept“ lasse sie erkennen, dass sie der Haupt-/Werkrealschule keine Zukunftsperspektive mehr geben wolle. Stattdessen lege sie neues Dynamit an das Bildungssystem: „Mit zusätzlichen Ressourcen und der Möglichkeit, zusätzlich den Hauptschulabschluss anzubieten, soll den bockigen Realschulen der Weg unter die Haube der Gemeinschaftsschule versüßt werden. Im Gegenzug müssen die Realschulen zukünftig die Pädagogik der Gemeinschaftsschule übernehmen und dürfen beispielsweise in der Orientierungsstufe niemanden mehr sitzenbleiben lassen und nur in Klassen 7 und 8 eingeschränkt Unterricht auf verschiedenen Niveaus anbieten. Dabei wären gerade weitere Differenzierungsmöglichkeiten wichtig, wenn man an der Realschule den Haupt- und den Realschulabschluss erwerben kann. Denn jeder Abschluss erfordert eine eigene fundierte Vorbereitung und mindestens in den Kernfächern Kurse auf unterschiedlichen Niveaus. Dem Kultusminister sei eine Reise nach Sachsen empfohlen, wo seit Jahren in der Oberschule der Hauptschul- und der Realschulbildungsgang unter einem Dach bestehen und jeweils fundiert auf den Haupt- und den Realschulabschluss vorbereiten. Die FDP/DVP-Fraktion fordert: Wenn eine Schule zwei Abschlüsse anbietet, muss sie differenzieren und Kurse auf unterschiedlichen



Niveaus zur gezielten Vorbereitung auf die Abschlüsse anbieten können.“

Statt mit ihrer gesamten Bildungspolitik auf das Ende von anderen Schularten als der Gemeinschaftsschule hinzuarbeiten, solle die grün-rote Koalition der Haupt-/Werkrealschule lieber eine Zukunftsperspektive geben, so Kern. „Die Haupt-/Werkrealschule hat zahllosen jungen Menschen über Jahrzehnte Chancen und Lebensperspektiven eröffnet. Von ihrem Konzept sind die Bürgerinnen und Bürger vielerorts überzeugt. Die Verantwortlichen vor Ort sollten anders als jetzt frei über die Zusammensetzung ihres Schulangebots entscheiden können. Das heißt, ob eine Haupt-/Werkrealschule oder eine Realschule fortgeführt wird, eine Kombination aus beiden unter einem Dach gebildet wird oder eine Gemeinschaftsschule eingerichtet wird. Wenn die Verantwortlichen vor Ort frei entscheiden könnten, hätte auch die Haupt-/Werkrealschule eine Zukunft. Vorausgesetzt, alle Schularten und Bildungsgänge wären auskömmlich ausgestattet und würden gleiche Startbedingungen für einen fairen Wettbewerb vorfinden. Das wäre allerdings das Gegenteil der Privilegierung des Lieblingskinds, wie wir es derzeit unter Grün-Rot erleben.“